

„In der Pandemie ist ein Schattenalltag entstanden“

Psychologe Grünewald zur Seelenlage der Deutschen

Das Leben rinnt einem durch die Finger. Jeder Tag ist wie der andere. Keine Abwechslung, nichts, auf das man sich freuen kann, keine Highlights, kaum noch Kontakte oder Bewegung: Der Corona-Alltag zermürbt, die Menschen leiden unter der Eintönigkeit – einerseits. Andererseits ist die Bevölkerung in Deutschland ein knappes Jahr nach den ersten Meldungen über dieses unbekannte Virus, das der Grund war, in China eine ganze Millionenstadt abzuriegeln, auch seltsam abgebrüht und abgestumpft.

VON HANNELORE CROLLY

„Corona-Korrosion“ nennt der Kölner Psychologe Stephan Grünewald diesen Zustand. Und er fürchtet: In dieser psychologischen Großwetterlage läuft die Politik mit ihrem aktuellen Kurs immer mehr Gefahr, die Menschen nicht mehr zu erreichen und zu überzeugen. „Die Politik ist sehr in einer Kurzfristperspektive gefangen und hangelt sich von einer Krisensitzung zur nächsten, garniert mit einem Prinzip Hoffnung.“ Dringend nötig sei stattdessen endlich eine klare Strategie, die Zukunftsperspektiven aufzeigt und dabei vor allem von der Voraussetzung ausgeht, dass Corona Teil unserer Wirklichkeit bleiben werde. Außerdem liefere der Staat die „Umsetzungsdisziplin“, die er von den Bürgern einfordere, selbst nicht ab. Überforderte Gesundheitsämter, fehlende Software in Behörden, eine holprige Impfkampagne: All das gefährde Vertrauen und die Bereitschaft mitzumachen.

„Das politische Narrativ, das den Menschen vorgaukelt, dass alles gut wird, wenn wir jetzt nur gut durchhalten, wirkt zunehmend vergeblich und ermüdend“, sagte Grünewald WELT in einem Telefonat, kurz bevor Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor der Bundespressekonferenz ihre Corona-Politik verteidigte. Zwar betonte Merkel dann ebenfalls, dass das Virus samt Mutanten „nicht mehr wegzukriegen ist“. Allerdings kündigte die Kanzlerin indirekt schon mal an, dass die harten Maßnahmen selbst bei einer erreichten Inzidenz von 50 „noch zwei, drei oder vier Wochen“ fortgesetzt werden könnten, bis sogar ein Wert von unter zehn erreicht sei. Denn dann könnten die Gesundheitsämter die Kontakte „sogar noch leichter nachverfolgen“.

Ein noch schärferes Vorgehen verlangt „Covid Zero“ – eine Bewegung, eine Marschroute, die Psychologe Stephan Grünewald für besonders fatal hält. Gefordert wird von Verfechtern von „Covid Zero“ ein besonders gna-

” DIE MENSCHEN WÄHNEN SICH IN EINER ENDLOS-DAUERSCHLEIFE

STEPHAN GRÜNEWALD, Institut Rheingold

denloser Shutdown, um das Virus völlig zu eliminieren. Dieser Absolutheitsanspruch lasse sich in einer globalisierten Welt unmöglich umsetzen, so Grünewald. „Dass nach einem Komplett-Shutdown wieder alles sein kann wie früher, ist zwar eine faszinierende Erlösungs-idee, aber eben nur ein Wunschtraum, der zum Daueralltraum geraten würde.“ Schon allein wegen der vielen unentdeckten, asymptomatischen Verläufe lasse sich das Virus derzeit unmöglich auf null bringen. „Ich bin als Psychologie stets skeptisch, wenn Narrative aufkommen, die mit Endsiegen locken.“

Der 60-Jährige ist Mitgründer des Kölner Forschungsinstituts Rheingold und gehört dem Corona-Expertenrat der nordrhein-westfälischen Landesregierung an. Rheingold führt Tiefeninterviews durch, also lange Gespräche, die einer Therapiestunde ähneln, um die Seelenlage und Bedürfnisse der Deutschen zu erkunden. Spätestens seit März 2020 spielte bei allen Interviews Corona eine wichtige Rolle. Nun hat das Forschungsinstitut Anfang Januar zusätzlich eigens eine Gesprächsreihe aufgelegt, um nachzuhorchen, wie es nach den Weihnachtsfeiertagen und nach mehr als acht Wochen Lockdown um die Stimmung der Menschen bestellt ist.

Die Erkenntnis: Vieles ist ganz anders als noch im Frühjahr 2020. Wurde zumindest von Teilen der Bevölkerung

im ersten Shutdown noch die Wiederentdeckung der Langsamkeit gefeiert, ist von Entschleunigung mittlerweile nicht mehr viel zu spüren. Im Gegenteil, so Grünewald: Das Arbeitsleben laufe nicht nur hochtourig weiter, viele Menschen befänden sich gar in einem „Zustand der besinnungslosen Betriebsamkeit“. Laut Studienleiterin Judith Behmer treibt schon allein der Wunsch, aktiv zu bleiben, viele in Mehrarbeit. „Das ist teils schiere Verzweiflung, um etwas zu tun zu haben und das Gefühl der Kontrolle nicht zu verlieren.“ Außerdem gebe es ja auch keinen Theaterbesuch, keinen Abend im Fitnessklub und keine Verabredung, die einen aus der Arbeit herausholen und zwingen würde, einen Punkt zu machen.

Und nun kommt neben dem Homeoffice erneut die Aufgabe hinzu, das Homeschooling zu bewältigen. Für viele wird das zunehmend unerträglich – vor allem, da statt einer Belohnung für all die Einschränkungen sogar noch härtere Auflagen diskutiert werden. „Die Menschen wäñnen sich in einer Endlos-Dauerschleife, in der die guten Nachrichten wie der Impfstart sogleich wieder durch die Hiobsbotschaften von Virusmutationen überschattet werden“, sagt Grünewald.

Häufig moniert wurde in Gesprächen bei Rheingold auch, dass Staat und Politik zwar weiter an der Schraube drehen und Maßnahmen verschärfen, zugleich aber die bereits geltenden Auflagen nicht richtig kontrollierten und sanktionierten. „Die Regelverweigerung anderer untergräbt auf diese Weise die eigene Disziplin und führt zu einer fortschreitenden Corona-Korrosion“, so Grünewald. Im angeblich so hart geführten Freistaat Bayern beispielsweise hat der Landkreis München seit Monaten keinen einzigen Bußgeldbescheid gegen Corona-Sünder verschickt. Härte zahlt sich nur aus, wenn sie nicht bloß Rhetorik oder Symbolik ist.

Grundsätzlich haben viele in ihrem persönlichen Leben mittlerweile Corona-Schlupflöcher gefunden und Grauzonen eingerichtet. „Wie in der Schattenwirtschaft der früheren DDR ist in der Pandemie ein Schattenalltag entstanden, in dem man sich Auszeiten von den Corona-Regeln gönnt“, so Grünewald. Da wird dann eben doch mal die Freundin umarmt oder am Wochenende ein Ausflug in den Schnee gemacht. „Viele der Probanden sagen uns: Das musste einfach sein. Das ging nicht anders“, berichtet Studienleiterin Behmer. Zumal die Angst vor Ansteckung deutlich geschwunden ist. Viele waschen sich weniger die Hände und desinfizieren kaum noch. Der Impfstoff, erste

Erst die Schulen und Kitas. Dann die Frisöre. „Aus praktischen Gründen“, sagt Angela Merkel über die Reihenfolge, die ihrer Auffassung nach für ein Öffnungsszenario nach dem harten Lockdown Anwendung finden solle. Die Bundeskanzlerin rekapituliert an diesem Donnerstag in der Bundespressekonferenz ihre Corona-Politik. Zuletzt tat sie das Ende Oktober nach der Verhängung des ersten Lockdowns, dessen Erfolg sich doch in Grenzen gehalten hat.

VON THOMAS VITZTHUM

Schon bei den Bund-Länder-Beratungen am Dienstag hatte sie intern betont, dass es „unvorstellbar“ sei, die Friseure bis April geschlossen zu halten. Die Priorität für Schulen und Kitas bezeichnet sie am Donnerstag als „unter uns allen unstrittig“ und meint damit Bund und Länder. Näher geht sie auf das höchst umstrittene Thema allerdings nicht weiter ein.

Sie macht jedoch mehrfach klar, was bei allen Öffnungsdebatten mitgedacht werden müsse: die möglichen Auswirkungen der Virusmutante, die zuerst in Großbritannien nachgewiesen wurde, auf das Infektionsgeschehen. Der Auftritt vor der Öffentlichkeit dient erneut dazu, eindringlich vor der Gefahr durch diese Mutante zu warnen. Auch wenn einige Wissenschaftler daran zweifeln, dass sie wirklich so dramatische Folgen für die Zahl der Neuansteckungen hat – die Kanzlerin schließt sich diesen Experten nicht an. Sie geht auf Nummer sicher.

Dass ihr das den Vorwurf eingebracht hat, ihre Beraterrunden einseitig zu besetzen, ficht Merkel nicht an. Sie spricht den engen Zusammenhang von „politischen Grundentscheidungen“. Berater, die eine stärkere Durchseuchung der Bevölkerung für vertretbar erachten, finden bei ihr kein Gehör. „Alle Bemühungen können eine Gefahr nicht außer Acht lassen: die Mutation des Virus. Die bisherigen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass das mutierte Virus ansteckender ist.“ Noch sei es in Deutschland nicht dominant, trotzdem müsse man die Gefahr sehr ernst nehmen. „Das kann ich uns allen nur raten“, warnt Merkel. „Es geht um Vorsorge.“ Sie kündigt an, das virtuelle Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am Donnerstagabend vor allem für Gespräche über Reaktionen auf die Mutante zu nutzen.

Es wäre naheliegend gewesen, dass die Kanzlerin sich ob dieser enormen Unsicherheit, die gerade mit Blick auf die Virusmutation herrscht, zu keiner Aussage über die Perspektive für die

Die Angst vor dem mutierten Virus bestimmt vollständig das Handeln der Kanzlerin in der Pandemie. Dennoch skizziert Angela Merkel den Zeitplan für ein Ende der Beschränkungen. Dabei geht es in erster Linie um eine politische Entscheidung

kommenden Monate hinreißen lässt. Doch da überrascht sie die Zuhörer. „Alles dient dem Ziel, in diesem Jahr die Pandemie in den Griff zu bekommen und auch zu überwinden“, sagt sie zunächst und macht dann eine mehr als deutliche Bemerkung dazu, wann aus ihrer Sicht, die Pandemie überwunden ist – und alle Restriktionen fallen müssen.

„Politisch gesehen würde ich sagen: Als Staat ist für uns schon der Punkt, an dem wir jedem ein Impfangebot machen können, ein wichtiger Punkt. Wenn dann jemand sagt: ‚Ich möchte nicht geimpft werden‘ – okay. Wenn dann jemand sagt: ‚Dann ist das und das nicht möglich‘ – das haben wir auch heute schon.“ Merkel verweist auf bestimmte afrikanische Länder, in die man nur reisen könne, wenn man sich gegen bestimmte Krankheiten geimpft hat. Das ist etwa bei Gelbfieber der Fall. „Das wird dann sicher eine internationale Diskussion sein“, sagt Merkel.

Was bedeutet diese Aussage konkret? Die Kanzlerin hat offenbar entschieden, dass es einen Punkt gibt, an dem die Pandemie „politisch gesehen“ beendet ist.

Pandemien enden eigentlich auf zwei Arten. Medizinisch – dann, wenn auf Grund von massenhafter Immunität durch Ansteckung und durch Impfung eine Herdenimmunität eingetreten ist.

So endete etwa die Pockenplage. Sie wurde durch weltweite Impfungen, teils mit Impfverpflichtung, gestoppt. Oder eine Pandemie endet sozial – das ist dann der Fall, wenn die Bevölkerung auch unter Inkaufnahme von weiteren Opfern zum Alltag zurückkehrt und mit der Pandemie mental abgeschlossen hat. Das war im Fall der Spanischen Grippe vor 100 Jahren so. Damals gab es keinen Impfstoff, aber dennoch entschieden sich die Menschen, die Pandemie hinter sich zu lassen.

Merkels politischer Ansatz stellt im Prinzip eine Mischung beider Varianten dar. Sie spricht ja von „Impfangebot“. Das bedeutet nicht, dass alle geimpft sein müssen. Wenn alle sich impfen lassen könnten, werden die Restriktionen aufgehoben – für Geimpfte wie Nichtgeimpfte. Wer keine Impfung will, der kann nicht nur nicht in bestimmte Länder reisen – er muss mit dem Risiko einer Erkrankung dann leben. Das ist Merkels Botschaft. Dazu passte, dass sie den Begriff der Herdenimmunität nicht bemühte und damit auch keinen Schwellenwert nannte, wie ihn die Epidemiologie vorsieht. Zum Maßstab erklärt sie vielmehr das Impfangebot für die gesamte Bevölkerung. Über das Ende Pandemie würde demnach nicht in erster Linie medizinisch oder sozial, sondern vor allem politisch entschieden.

So deutlich hat das noch kein Regierungsvertreter, geschweige denn die Kanzlerin gesagt. Dabei ist die Linie im Kanzleramt Konsens. Auch Merkels wichtigster Vertrauter in der Pandemie, Kanzleramtsminister Helge Braun (beide CDU), sieht die Sache so.

Was bedeutet das für den Fortgang der Pandemie? Es bedeutet, dass das Land – so nicht noch unvorhersehbare Komplikationen wie etwa eine weitere Mutante auftauchen, gegen die kein Impfstoff wirkt – um den Sommer herum zur Normalität zurückkehren kann und offiziell zurückkehren darf. Merkel nennt sogar ein Datum. „Nach dem zweiten Quartal werden wir schon deutlich mehr geimpft haben. Bis zum Ende des Sommers werden wir jedem ein Impfangebot gemacht haben. Das ist der 21. September.“ Am 26. September wählt Deutschland ein neues Parlament und einen neuen Kanzler. Offenbar hat sich Merkel vorgenommen, die offizielle Aufhebung aller Restriktionen nicht dem Nachfolger zu überlassen.

„Im Augenblick“ wolle man nicht „doppelte Privilegien“, sagt sie: „Ich habe das Privileg, schon geimpft zu sein, und dann habe ich noch mehr Privilegien.“ Doch die Kanzlerin macht auch diesbezüglich eine Einschränkung. „Der Hauptgrund ist, dass wir nicht wissen, ob die Menschen weiter ansteckend sind.“ Bisher ist die Frage

nicht abschließend geklärt, ob Geimpfte das Virus noch an andere weitergeben können, ohne selbst zu erkranken. Erste Studien aus Israel weisen darauf hin, dass eine solche Übertragung nicht passiert; aber das sind bisher nur erste Erkenntnisse. Einige Experten bezweifeln eine solche Wirkung. Merkel deutet aber mit ihrer Aussage doch immerhin an, dass – für den Fall, dass eine Übertragung nicht geschieht – Geimpfte früher als andere Privilegien erhalten könnten.

Man konnte den Eindruck gewinnen, dass die Kanzlerin sich mit all diesen Aussagen noch schwertut, aber gleichwohl die Bevölkerung doch vorsichtig auf unabwendbare Debatten einstimmen will. Noch sind solche Diskussionen politisch riskant, zu einem Zeitpunkt, da der Impfstoff noch Mangelware ist, da eher weniger als mehr Impfstoff geliefert wird und sogar Termine für die Verabreichung wieder abgesagt wurden. Doch Merkel ist zuversichtlich. Im dritten Quartal werde man Impfstoff sogar an andere Länder abgeben können. Ein weiterer Hinweis auf den Sommer. „Ich kann ihnen versprechen, dass wir alles tun, dass wir schnellstmöglich an diese Impfstoffe kommen“, so die Kanzlerin.

Auch an anderer Stelle geht Merkel darauf ein, dass über die Pandemie und ihr mögliches „Ende“ nicht nur aus epidemiologischer Sicht geredet werden könne, sondern gerade auch politisch entschieden werden müsse. Die Kanzlerin wurde gefragt, wie sie zur No-Covid-Strategie stehe. Die Verfechter dieser Strategie wollen Corona mit extrem radikalen Lockdowns ausrotten. Dabei wird bisweilen auf Neuseeland oder Australien verwiesen, wo das annähernd gelungen zu sein scheint. Allerdings handelt es sich dabei um Inseln und nicht um ein Land in der Mitte Europas. Merkel lässt gewisse Sympathien, zumindest Verständnis für den Ansatz erkennen. Etwa indem sie darauf verweist, wie angenehm doch das Leben im vergangenen Sommer gewesen sei, als man lediglich eine Inzidenz von um die fünf Fälle pro 100.000 Einwohnern in einer Woche hatte.

Doch die Politik müsse abwägen, sagt sie. „Wir müssen politisch entscheiden.“ Man habe sich dafür entschieden, einen Inzidenzwert als Maßstab zu nehmen, bei dem die Kontaktnachverfolgung durch die Ämter gewährleistet werden könne – das sind jene berühmten 50 Fälle pro 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen. „Wir sind nicht nur für die Frage Epidemiologie verantwortlich, sondern auch für die Frage: Wie lange können wir noch welche Einschränkung rechtfertigen?“ Eine Antwort auf diese Frage hat Merkel nun erstmals gegeben.